

Die Bombe an Ihrer Seite

Der Verbindung von Banken und Atomwaffen

Atomwaffen gehören zu den schlimmsten Massenvernichtungswaffen. Ihr Einsatz ist mit dem Humanitären Völkerrecht nicht vereinbar. Das hält deutsche Finanzinstitute nicht davon ab, Atomwaffentechnologie zu finanzieren. Im Rahmen einer Aktionswoche vom 27. September bis 4. Oktober 2014 protestierten deutschlandweit Hunderte gegen diese Bombengeschäfte (weitere Fotos davon finden Sie auf Seite 31 dieser Ausgabe).

erhält die Beziehungen auch deutscher Finanzinstitute zu den Atomwaffenarsenalen: Weltweit wurden 28 Unternehmen identifiziert, die in irgendeiner Form Nuklearwaffen und/oder ihre Trägersysteme produzieren, warten oder entwickeln. Sie alle sind Mischkonzerne, deren Hauptgeschäft häufig im zivilen, nicht im Rüstungsbereich liegt. Rolls Royce etwa baut nicht nur teure Autos, sondern ist für die Entwicklung und Instandhaltung der mit Atomwaffen bewaffneten U-Boote der Royal Navy zuständig.

Die Finanzierung solcher Geschäfte durch die Banken ist also „nur“ indirekt, doch sie geschieht gleichwohl. Auch wenn – so das beliebte Gegenargument – nicht überprüfbar sei, in welche Unternehmensaktivitäten genau das Geld der Banken flösse, so ist doch eines klar: Durch den gewährten Kredit wird Liquidität verschafft, auch, um damit weiter ins Bombengeschäft zu investieren.

Die Verbindung von Banken und Atomwaffen ist kaum bekannt, und das ist durchaus beabsichtigt. Den Banken liegt kaum daran, ihren Kundinnen und Kunden diese Verstrickung auf die Nase zu binden. Grund genug für die Kampagne „Atomwaffen – ein Bombengeschäft“, eben jenen dunklen Geschäften nachzugehen und sie öffentlich zu machen. Denn immerhin sind über Konten, Sparbücher oder Geldanlagen die meisten Deutschen Kunden bei einem dieser Finanzinstitute und sollten somit wissen, was mit ihrem angelegten Geld passiert. Dem Aufruf der Kampagne sind nun zahlreiche Aktivisten gefolgt und gingen diesen Herbst auf die Straße: Mit Demonstrationen, Flash-Mobs und Info-Ständen in 15 deutschen Städten forderten sie die Banken zum „Divestment“ auf, also dazu, ihr Geld aus dem Bombengeschäft zurückzuziehen. Bei sogenannten „Die-Ins“ sorgten Demonstrantinnen und Demonstranten für Betroffenheit, indem sie sich als Bombenopfer wie tot zu Boden legten.

Kämen die Banken den Forderungen der Kampagne nach, müssten Unternehmen die Wartung, Produktion und

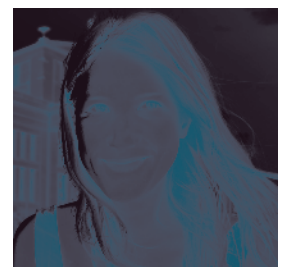
Entwicklung von Atomwaffen und Trägersystemen beenden, um weiterhin am Geldfluss zu hängen. Die Banken als Geldgeber könnten mit gutem Beispiel vorangehen und die Spielregeln ändern. So ist der Protest durchaus als Hilfestellung zu interpretieren: Den Banken wird der Weg zu wirklicher Nachhaltigkeit geebnet – und im Falle der Commerzbank dazu, ihre eigene Waffenrichtlinie ernst zu nehmen. Angesichts der Proteste und des großen Medienechos auf die kurz danach veröffentlichte Studie „Don't bank on the Bomb“ sahen sich einige Banken zur Stellungnahme gezwungen. Die Commerzbank verweist auf ihre Waffenrichtlinie. Diese war uns nicht entgangen, im Gegenteil: Wir fordern die Bank auf, sie umzusetzen. Die Deutsche Bank ignoriert die Fakten und bestreitet schlicht jedwede Verflechtung ins Bombengeschäft. Die Allianz scheint mit Atomwaffen grundsätzlich kein Problem zu haben: Sie legitimiert ihre Geschäfte damit, dass Atomwaffen nach wie vor Bestandteil der Verteidigungsstrategie der NATO und ihrer Bündnispartner seien. Atomwaffentechnologie sei „politische Realität in Deutschland sowie in Europa“.

Wie nicht anders zu erwarten, sind einige Banken härter zu knacken als andere, aber wir fordern nichts Unmögliches. In der Vergangenheit haben Banken bereits bewiesen, dass sie zu erfolgreichem Divestment fähig sind: Prominentestes Beispiel ist der Rückzug aus allen Geschäften mit Streumunition, der vor ein paar Jahren durch zivilgesellschaftlichen Druck erzwungen wurde.

Weitere Infos unter:

www.atombombengeschäft.de

Maria Lohbeck
ist Vorstandsmitglied
der ICAN
Deutschland.



Sowohl die Deutsche Bank wie auch die Commerzbank halten in ihrer Öffentlichkeitsarbeit ein „verantwortungsvolles Bankgeschäft“ und ihre „wirtschafts- und gesellschaftspolitische Verantwortung“ hoch. De facto nehmen sie es damit nicht so genau: Beide sind in Geschäfte mit Atomwaffen verwickelt. Das hört sich drastisch an: Die „Bank an meiner Seite“ soll mit Atomwaffen zu tun haben? Die Commerzbank brüstet sich gern mit „nachhaltigem Wirtschaften“ und stellt sich als Bank dar, die „nicht einfach so weitermacht“. Tatsächlich jedoch wurden der Commerzbank, der Deutschen Bank, den Allianz-Versicherungen sowie sieben weiteren deutschen Banken die indirekte Finanzierung von Atomwaffen nachgewiesen. Die Studie „Don't bank on the Bomb“, die diesen November zum dritten Mal erschien,